

Antrag 37/II/2023**UBV MOL und UBV LOS****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****zurückgestellt****Trinkwasserversorgung langfristig und nachhaltig für Bevölkerung und Gewerbe sichern**

1 Die langfristige und nachhaltige Sicherung der
2 Trinkwasserversorgung für Bevölkerung und Gewer-
3 be in allen Regionen Brandenburgs ist ein wichti-
4 ges Ziel der SPD Brandenburg. Sie ist unabdingba-
5 re Grundlage für eine weitere positive Entwicklung
6 unseres Bundeslandes sowie für den Erhalt und die
7 Verbesserung der Lebensqualität der Brandenbur-
8 ger*innen.

9 Der Klimawandel mit weniger und anders verteilten
10 Niederschlägen sowie einer höheren Verdunstung,
11 die Einstellung des Braunkohlebergbaus sowie die
12 zunehmende Verdichtung im Berliner Umland füh-
13 ren zu gravierenden Veränderungen bei Wasserdar-
14 gebot und Wasserverbrauch. Dies stellt die Trink-
15 wasserversorgung des Landes Brandenburg, aber
16 auch Berlins vor große Herausforderungen. Um die-
17 ser Entwicklung gegenzusteuern, sind zahlreiche
18 Maßnahmen notwendig, die sowohl auf Landesebe-
19 ne, aber zum Teil auch auf Bundesebene vorange-
20 bracht werden müssen.

21 Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-Mitglieder
22 der Landesregierung werden aufgefordert, die not-
23 wendigen Gesetzesänderungen herbeizuführen,
24 damit sich Brandenburg diesen Herausforderungen
25 erfolgreich stellt und die Trinkwasserversorgung im
26 ganzen Land langfristig und nachhaltig sichert. Da-
27 bei sollen insbesondere folgende Themenkomplexe
28 geprüft werden und in Gesetzgebungsverfahren
29 münden:

30

- 31 • Klarstellung und Stärkung des Vorrangs der
32 öffentlichen Trinkwasserversorgung durch öf-
33 fentliche Versorger gegenüber allen anderen
34 Wassernutzer*innen sowohl bei der Wasser-
35 gewinnung als auch bei der Wasserverteilung;
- 36 • Öffentlichkeitsarbeit und Anreize für den
37 sparsamen und nachhaltigen Umgang mit
38 Wasser;
- 39 • Umgestaltung des Wassernutzungsentgelts
40 (Entgelt bei Entnahme von Wasser aus Ober-
41 flächengewässern und aus dem Grundwas-
42 ser) zu einem Steuerungsinstrument bezüg-
43 lich der geförderten Wassermengen als auch

- 44 bezüglich der Wassernutzungsart;
- 45 • Änderung des Kommunalabgabengesetzes,
46 um Trinkwasserversorgern die Möglichkeit
47 zu eröffnen, den Wasserpreis bzw. die Was-
48 sergebühr verbrauchsabhängig gestalten
49 zu können, dabei sollen soziale Aspekte
50 besondere Berücksichtigung finden;
- 51 • Erhöhung der Hürden für die Errichtung priva-
52 ter Brunnen, insbesondere durch Einführung
53 einer generellen Genehmigungspflicht bzw.
54 Durchsetzung der Genehmigungspflicht so-
55 wie die verpflichtende und vollständige Füh-
56 rung eines entsprechenden Katasters bei den
57 Wasserbehörden;
- 58 • Anpassung der gesetzlichen Regelungen zur
59 Förderung der verstärkten Regenwassernut-
60 zung vor Ort;
- 61 • Anpassung der gesetzlichen Regelungen
62 zur Förderung der verstärkten Nutzung
63 von Brauch- und Grauwasser vor allem im
64 gewerblichen/industriellen Bereich, Anrei-
65 ze für Wasserrecycling und geschlossene
66 Wasserkreisläufe in Gewerbe und Industrie;
- 67 • Schaffung einer gesetzlichen Regelung zur Er-
68 richtung von regionalen (bzw. eines landes-
69 weiten) Wasserverbundnetzen über die Gren-
70 zen der Wasserverbände hinweg;
- 71 • Schaffung der gesetzlichen Grundlagen
72 einschl. Definition der Standards für die
73 Versickerung von geklärtem Abwasser statt
74 Einleitung in eine Vorflut;
- 75 • Erkundung und Erschließung neuer Grund-
76 wasserreservoirs zur Entlastung überlasteter
77 Grundwassereinzugsgebiete;
- 78 • Ertüchtigung von stillgelegten Wasserversor-
79 gungsanlagen, um damit eine höhere Versor-
80 gungssicherheit und auch eine dezentralere
81 Grundwasserförderung zu erreichen ;
- 82 • Erstellung und laufende Fortschreibung einer
83 Wasserversorgungsplanung für Brandenburg.